

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großhain

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Belegerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Belegerlohn. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Vollstreckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 72206

Anzeigenpreise: Die 10. und 11. Kolonnenzeile 25 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg.
Stellenangebote 10. und 11. Kolonnenzeile 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10. und 11. Kolonnenzeile mit 50% Nachsch. Reflektanzseite 2 Pfg. Inserate v. ausw. die 10. und 11. Kolonnenzeile 40 Pfg. bei Platzvorrat 50 Pfg. Reflektanzseite 2.25 Pfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Rücktritt des Kabinetts Dr. Luther.

Dr. Geßler als Reichskanzler?

WTB. Berlin, 13. Mai.

Reichspräsident von Hindenburg hat heute vormittag den Reichswehrminister Dr. Geßler empfangen und an ihn die Frage gerichtet, ob er auf der bisherigen Grundlage der Koalition der Mittelparteien die Neubildung der Regierung übernehmen wolle. Dr. Geßler hat sich eine Entscheidung bis nach Zuhilfenahme mit den in Frage kommenden Parteien für morgen mittag vorbehalten.

Zwar gilt die Weimarer Verfassung als eine streng parlamentarische, immerhin ist es wohl das erstemal, daß ein Kabinett in offener Feldschlacht stürzte. Und dies durch die Vertreter der bürgerlichen Demokratie, trotz all der Zämerlichkeiten der letzten Tage, die ohnehin zureichten, um die Partei der Koch und Kütz für immer unsterblich zu machen. Teillich ist diese Wendung Herrn Dr. Luther selbst zu danken. Vor Beginn der Interpellationsdebatte stand der Anfall der schwarzrotgoldenen Demokraten positiv fest. Die Mehrheit der Fraktion hatte das Kompromiß geschloßt, wonach die Durchführung des Flaggenerlasses um drei Monate hinausgeschoben werden sollte. Bis dahin glaubte man, entsprechend dem Hindenburgbriefe, eine endgültige Lösung der Flaggensfrage herbeizuführen, die, wie schon dargelegt, unter allen Umständen die Aufgabe der schwarzrotgoldenen Reichsjahne, wenigstens bis zu 25 Prozent im Gefolge haben mußte. Und trotz dem der Rücktritt des Kabinetts?

Die Erklärung Dr. Luthers am Abend des ersten Tages der Interpellationsdebatte schlug dem Ganzen den Boden aus. Zwar entsprach auch sie den Grundgedanken des Kompromisses, aber sie war die Antwort auf eine recht verhängliche Frage des Grafen Westarp, ohne dessen Befriedigung die politischen Ziele des Kanzlers, der Großbürgerblock, ob mit oder ohne die Demokraten, nicht zu verwirklichen waren. Und da die Deutschnationalen für die parlamentarische Mehrheit eines Rechtskabinetts unerlässlich sind, glaubte Herr Dr. Luther, seinem Widerjaher goldene Brücken bauen zu müssen. Er klammerte sich mit beiden Händen an den von den Deutschnationalen frenetisch begrüßten Flaggenerlass und goß in die an sich schon matte Limonade des Nachmittags nochmals einen gehörigen Schuß schwarzweißrot hinein. Zwar genügte auch das noch nicht, die Freundschaft der Deutschnationalen zu gewinnen, aber diese Rücksichtslosigkeit des Kanzlers war doch selbst den Reichstagsdemokraten zuviel. Sie befaßen sich auf ihren schwarzrotgoldenen Fahnen und saßen in mitternächtlicher Stunde jenen Beschluß, über den nunmehr Herr Dr. Luther staunte. Wahrscheinlich zur höchsten Bestürzung der Demokraten selber, die verdächt, wie am Tage vorher, das Resultat der Abstimmung über ihren Mißbilligungsantrag entgegennahmen. Dies um so mehr, als der Reichstag unmittelbar vorher ihren Hindenburgantrag, der das Schreiben des Reichspräsidenten „begreißt“ und vom Reichstag verlangt, die „gegebene Anregung zur Schaffung einer Einheitssflagge in verständlichem Sinne einzuleiten.“ Also wenigstens 25 Prozent schwarzweißrot.

Trotz allen Theaterdonners haben die Demokraten, wenigstens in ihrer Mehrheit, den Sturz ihres Beinigers wahrhaftig nicht gewollt. Abgesehen davon, daß ihr Mißbilligungsantrag einen Kampf von vierstündiger Dauer erforderte und daß auch dann Herr Koch mit nur 16 gegen 13 Stimmen „fiel.“ (Der Vertreter der Leipziger Demokraten Prof. Dr. Goeh war schon vor der Entscheidung abgereist.) Am Ende der vergangenen Woche hatte sie mutig den Beschluß gefaßt, zwar kein eigenes Mißtrauensvotum einzubringen, wohl aber erklärten sie sich bereit, ihre Stimmen auf ein solches von sozialistischen Seite vereinigen zu wollen, wenn nur die Bereitschaft vorhanden wäre, in die kommende Regierung einzutreten. Das ist geschehen gegen unsern Willen, aber in der Absicht, den Reichsbannertrameraden das Rückgrat zu steifen. Selbst aber „die Liebeserklärung des Reichskanzlers an die Schwarzweißroten hatte nicht genügt, sie zu einem offenen Bekenntnis gegen die Antirepublikaner zu bringen. Um die Naturgeschichte dieser Schwarzrotgoldenen zu erkennen, ist es unbedingt erforderlich, sich den demokratischen Antrag nochmals vor Augen zu führen. Er lautete:

„Der Reichstag mißbilligt die Haltung des Reichskanzlers, der durch sein Verhalten in der Flaggensfrage eine Gesamtlösung in dieser Frage erschwert hat und in sorgenschwerer Zeit einen neuen Konflikt ohne Not heraufbeschworen hat.“

Im Artikel 51 der Verfassung wird gesagt: Die Regierung (Reichskanzler und Reichsminister) bedürfen das „Vertrauen“ des Reichstages.

„Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.“

Der angenommene Antrag der Demokraten „mißbilligt“ nur „die Haltung des Reichskanzlers“, er entzieht ihm nicht „ausdrücklich... sein Vertrauen.“ Herr Dr. Luther hätte sich schließlich an diesen von den Demokraten dargereichten Strohhalm klammern können, trotz der Siebe, die er ihnen

versetzte. Er ist dennoch zurückgetreten und mit ihm sein Kabinett. Ingeheim hofften diese Hüter von Schwarzweißrot, daß selbst dieser „Mißbilligungs“antrag fallen würde, da durchaus damit zu rechnen war, daß die Kommunisten — weil er ihnen nicht weit genug ging — diese Formulierung ablehnen, oder sich wenigstens der Stimme enthalten würden. Sie haben den Demokraten diesen Gefallen nicht getan, obwohl, wie aus einer Erklärung Stöckers zu ersehen war, diese Spekulation mancherlei für sich hatte. Unter dem Regime

Ruth Fischer wären die lutherfeindlichen Lutherfreunde wahrscheinlich nicht getrogen worden.

So betätigten sich die Demokraten als Arzt wider Willen. Dr. Luther ist gestürzt und dies, nachdem zwei offene Mißtrauensvoten, dank der Haltung dieser Demokraten, abgelehnt worden waren. Erst dann stolperte der Vertraute Hindenburgs über die „Mißbilligung“, die ihm mit 176 gegen 146 Stimmen ausgesprochen wurde.

„Jedoch was nun? Die Republik, noch weniger die Arbeit-

Militäraufstand in Polen.

Warschau in den Händen Pilsudskis.

WTB. Berlin, 13. Mai.

Von der polnischen Grenze erfahren wir aus zuverlässiger Quelle: Am Mittwochnachmittag ist es in Warschau zum Ausbruch der Revolution und zu Straßenkämpfen gekommen. Es gab viele Tote und Verwundete. Pilsudski-Truppen haben das Schloß, das Ministerpräsidentium und das Ministerium des Innern besetzt und sind auf dem Marsch nach Belvedere. Die telephonische Verbindung mit Warschau ist unterbrochen.

SPD. Berlin, 14. Mai. (Radio.)

Die telephonischen Verbindungen sind nach wie vor unterbrochen, so daß alle vorliegenden Meldungen über die Kämpfe in der polnischen Hauptstadt zwischen Pilsudski und den Regierungstruppen auf indirekter Uebermittlung beruhen. Aber auch diese Meldungen bestätigen übereinstimmend, daß Pilsudski die Stadt Warschau vollkommen beherrscht, ohne daß jedoch eine endgültige Entscheidung über den Ausgang seiner Aktion vorliegt. Sie hängt von dem Ergebnis der Kämpfe ab, die vorläufig noch in vollem Gange sein sollen. Es verlautet, daß die Mehrheit der Truppen auf der Seite der Regierung steht und vorläufig nur zwei Infanterie- und zwei Kavallerieregimenter zu Pilsudski übergegangen sind. Auch im Innern Polens liegt der Telefonverkehr still, weil man den aufständischen Truppen jede Gelegenheit nehmen wollte, für Nachricht zu sorgen.

Dagegen soll die Regierung aus den verschiedensten Teilen Polens, insbesondere aus dem Bezirk Posen, große Truppenmassen in der Richtung auf die Hauptstadt Warschau konzentrieren und die Absicht haben, erst nachdem diese Truppen angelangt sind, einen Generalangriff gegen Pilsudski zu unternehmen. Der Staatspräsident hat inzwischen eine Botschaft an die Nation und an die Armee gerichtet, in der lebhaftig von dem Stand der Lage Kenntnis gegeben wird. Es ist anzunehmen, daß sich diese Kundgebung nicht direkt gegen Pilsudski richtet.

Der Befehl Warschaws durch die Anhänger Pilsudskis gingen schwere Kämpfe voraus, die nach den hier vorliegenden Meldungen aus Prag und von der deutsch-polnischen Grenze große Opfer kosteten. Es werden bisher 18 Tote, darunter 2 Offiziere und etwa 80 Verwundete gemeldet. Die aufständischen Truppen besetzten

zunächst sämtliche Regierungsgebäude, die von den Ministern und Beamten verlassen worden waren. Die Mitglieder des Kabinetts haben sich sämtlich in das Belvedere-Palais zurückgezogen. Auch das Parlamentsgebäude ist inzwischen in den Besitz der aufständischen Truppen gelangt. Die Warschauer Jizabell, in der sich noch regierungstreue Truppen befanden, hat sich dem Marschall Pilsudski ebenfalls ergeben. Außerdem ist von seinen Anhängern das Hauptpostgebäude mit der Telefonzentrale besetzt.

Im Zusammenhang mit den Meldungen über die Vorgänge verlautet, daß Pilsudski dem Präsidenten der Republik ein Ultimatum gestellt und die sofortige Gesamtdemission des Kabinetts Wilos gefordert hat. Der Präsident soll nun dem Rücktritt der Regierung selbst abgeraten haben, und als dann am nächsten Morgen die Truppen Pilsudskis von der Vorstadt Praga in Warschau einmarschierten und auf der Boniatowskistraße ankamen, erschien angeblich bei den Vorposten der Präsident persönlich und übergab ein Schreiben an Pilsudski, in dem dessen Unterwerfung gefordert wird. Der Marschall lehnte das ab und kurz darauf sollen die ersten Feuertreffen mit dem tragischen Ausgang begonnen haben. Gleichzeitig wurde der Regierungskommissar der Stadt Warschau von Pilsudski seines Amtes enthoben, der auch das Hauptkommando der städtischen Polizei und andre maßgebenden Ämter befehligt.

Am Donnerstagabend konzentrierte sich der Hauptstoß der Aufständischen gegen den Hauptsitz der Regierung, das Belvedere-Palais. Kämpfe finden aber nicht statt, da man nach den hier vorliegenden Meldungen scheinbar stillschweigend einen Waffenstillstand geschlossen hatte. Vorläufig soll Pilsudski entschlossen sein, das Präsidentenpalais nur zu zernieren, um die Regierung zur Demission zu zwingen und dann im Einverständnis mit dem Staatspräsidenten an die Neuordnung der Dinge zu gehen. Die Arbeiterschaft steht zweifellos auf der Seite Pilsudskis. Es wird u. a. gemeldet, daß die sozialistischen Eisenbahngewerkschaften bereits einen Aufruf zum Streik erlassen haben. Auch das Zentralkomitee der polnischen Sozialdemokratie hat angeblich einen Aufruf erlassen, in dem gegen die Regierung Stellung genommen und darauf beharrt wird, daß eine neue Regierung gebildet wird.

In Lemberg habe die Arbeiterschaft große Straßendemonstrationen für Pilsudski veranstaltet. Auch in Krakau demonstrierte eine von den Sozialdemokraten einberufene Versammlung für Pilsudski.

Wie WTB. aus Kattowitz meldet, ist am Donnerstag über Pilsudski-Oberbefehl die Belagerungszustand verhängt worden.

Die Regierung geflüchtet?

Nach den neuesten unkontrollierbaren Meldungen von der oberirdischen Grenze ist die Regierung nach Skierniewice geflüchtet, nach anderen Berichten soll sie sich in Babianice aufhalten. Das Belvedere ist vollständig isoliert. Es wurde ein Triumvirat gebildet, an dessen Spitze Wilos und die Generale Rodzadowski und Jagorski stehen. Der Kriegsminister der Wilos-Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem er den Beträtern den Kampf anjagt. Sämtliche regierungstreuen Regimenter sind zum Marsch nach Warschau alarmiert worden. Die Regierung hofft, daß Warschau durch diese Truppen entsetzt wird. Der Führer der rechtsgerichteten Truppenteile im Gebiet von Polen, Sokolowski, hat sich am Donnerstagmittag 1 Uhr erkochten, da er die Verantwortung für den Bruderkampf, der unweidlich ist, nicht tragen wollte. Nach anderen Nachrichten soll er durch einen unglücklichen Zufall erschossen worden sein. Der Tod des Generals Sokolowski hat in militärischen Kreisen große Bestürzung hervorgerufen. Am Nachmittag sollen einzelne Truppenteile in Krakau einen Aufstand versucht haben, der aber durch energisches Eingreifen verhindert worden sei. In der Provinz soll sonst alles ruhig sein.

Wie an der Grenze angekommene Reisende aus Polen berichten, soll Pilsudski den Präsidenten der Republik, Wojciechowski, gefangen genommen haben, da dieser mit den Generälen Sikorski und Haller gemeinsame Sache gemacht habe.

Französische Befürchtungen.

Wie der Soz. Pressedienst aus Paris meldet, besüßten Pariser Blätter, daß die Handlungsweise Pilsudskis Polen in einen Bürgerkrieg stürzen würde, der unschätzlicher für das junge Staatsvolk sein würde, als die allgemeinen Zustände in Europa gegenwärtig äußerst verwirrt seien. Man hielt aus diesen Kommentaren die Befürchtung heraus, daß die inneren Zwistigkeiten für Frankreich das Bündnis mit Polen wertlos machen würden.

Luther empfängt seinen Urteilspruch.



Der Kanzler während der Rede Westarps.